



Haushalt 2013

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

ich könnte es mir in diesem Jahr leicht machen und die Haushaltsrede sehr kurz halten. Denn es gibt kaum nennenswerte Spielräume für Gestaltung in Kamen. Weiterhin ist die Haushaltssicherung – gestreckt auf 10 Jahre das „Gebot der Stunde“, Pflichtaufgaben und die wenigen uns noch erhalten gebliebenen freiwilligen Leistungen werden erfüllt. Also könnte ich mich jetzt bei der Verwaltung und beim Bürgermeister für die geleistete Arbeit und die Zusammenarbeit in diesem Jahr bedanken. Und das war's. Natürlich werde ich das nicht tun! Denn es gibt doch noch ein paar Dinge zum Haushalt zu sagen.

Der Haushaltsplan hat sich weiter entwickelt. Die Zahlen sind durch ergänzende Differenzierungen und Erläuterungen deutlich transparenter geworden. Aber der Durchbruch war das noch nicht. Der transparente Haushalt, der uns alle Informationen offen liefert, die wir für unsere politische Bewertung der Zahlen benötigen, war das noch nicht. Die immer wieder bemängelten großen Qualitätsunterschiede zwischen den einzelnen Fachbereichen sind uns leider weiter erhalten geblieben. Offenheit und Transparenz wird von einigen immer noch verweigert. Das ist nicht akzeptabel.

Im letzten Jahr hatten wir hier große Bedenken geäußert, ob der richtige Zeitpunkt gekommen wäre, den Nothaushalt zu verlassen und wieder eigene Spielräume im kommunalen Handeln zu ermöglichen. Auch heute stellt sich noch die Frage, ob wir wirklich wieder Spielräume haben, oder nur durch zusätzliche Ausgaben unsere finanziellen Möglichkeiten der Zukunft beschränken. Können wir wirklich wieder freier entscheiden? Wir haben da weiter unsere Zweifel. Doch ein Zurück in den Nothaushalt werden wir hier nicht fordern.

Unsere Schuldenlast steigt weiter in nie dagewesene Dimensionen. Ein geplantes negatives Jahresergebnis von über 12 Mio. € in 2013 zeigt, wo wir wirklich stehen. Es explodieren weiter unsere Kassenkredite. Damit wir unsere laufenden Kosten decken können, ist 2013 eine Neuaufnahme von über 8 Mio. auf dann 62,7 Mio. geplant. Und der Kämmerer geht bis 2016 von einem fast linearen Anstieg bis auf 85 Mio. aus. Wir alle wissen, dass die Kassenkredite uns langfristig jeden Spielraum nehmen werden. Hier hat der Kämmerer offensichtlich keine Ideen mehr, diese wieder zu senken. Ist das der Preis, den wir für die wieder gewonnenen Gestaltungsspielräume bezahlen?

Die Steuereinnahmen sprudelten 2012 wie lange nicht mehr. Trotzdem geht es fast allen Kommunen in Nordrhein-Westfalen weiterhin schlecht. Gerade die kreisangehörigen Gemeinden und Städte sind durch das GfG massiv unterfinanziert. Es ist bitter, dass die Schlüsselzuweisungen mit insgesamt 8,7 Mrd. € einen Rekordwert erreichen, wir in Kamen aber trotz unserer strukturellen Unterfinanzierung 3 Mio. € weniger erhalten sollen. Das Land und insbesondere der Bund haben sich seit Jahren auf Kosten der Kommunen saniert. Das Konnexitätsprinzip besteht nur noch auf dem Papier.



Im Bund wird sogar schon von einem ausgeglichenen Haushalt geträumt. Schwarz-Gelb scheint die kommunale Selbstverwaltung aufgegeben zu haben. Die Landesregierung hat verstanden, dass den Kommunen geholfen werden muss – denn kommunale Schulden sind letztendlich Landesschulden. Die Entschuldungshilfen des Landes sind ein erstes positives Signal, aber bislang nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Zur Beseitigung der strukturellen Defizite besonders in unserer Region ist noch kein Konzept in Sicht. Die kommunale Selbstverwaltung ist hier nicht nur gefährdet, sondern akut vom Aussterben bedroht.

Wir brauchen dringend die schon seit Jahren geforderte Gemeindefinanzreform, die unsere verfassungsmäßig garantierte Selbstverwaltung wieder herstellt. Das GfG muss endlich gerechter gestaltet werden. Im Länderfinanzausgleich müssen die Schulden der Kommunen angemessen berücksichtigt werden und die Gewerbesteuer muss zu einer kommunalen Einkommenssteuer weiterentwickelt werden, in die auch Selbstständige, Freiberufler, Kapitalbesitzer und Vermieter einzahlen. Hier liegen die wirklichen Lösungsansätze unserer Probleme. Leider – da müssen wir dem Kämmerer Recht geben – sind Lösungen hier nicht in Sicht.

Gut – der Kämmerer hat es erst mal geschafft uns aus dem Nothaushalt in einen genehmigten Haushalt mit HSK herauszuführen. Der Erfolg des HSK hängt aber von vielen Faktoren auch außerhalb Kamens ab. Eine Prognose über 10 Jahre ist seriös eigentlich nicht möglich – das wissen hier alle. In den Prognosen des Kämmerers entwickeln sich Gewerbesteuer, Einkommenssteuer und Schlüsselzuweisungen alle ab 2013 linear nach oben und auch wichtige Aufwendungen wie die Kreisumlage stagnieren. Offensichtlich mehr Wunschtraum als Realität. Unsere Ausgaben werden weiter steigen: Landschaftsverband, Kreisumlage, Energiekosten und Zinslasten werden schon dafür sorgen. Wie soll man mit diesem HSK jemals einen ausgeglichenen Haushalt erreichen? Wir bleiben da skeptisch.

Auch wenn sie die nicht erreichten Sparziele bei einigen Positionen in 2012 durch Verbesserungen bei anderen Positionen aufgefangen haben, sehen wir in der Zukunft kaum weitere Möglichkeiten Mehrkosten oder Mindereinnahmen abzufangen. Bleibt nur das neue kommunale Finanzierungswunder: die Grundsteuer. Unsere Bürgerinnen und Bürger müssen die Finanzmisere somit allein ausbaden in die uns Bund und Land geritten haben. Denn darüber waren wir uns hier immer einig: hausgemacht sind unsere Finanzprobleme nicht, jedenfalls nicht im Kern.

Doch wenn von außen keine Hilfen zu erwarten sind, müssen wir uns selbst helfen, um der drohenden Überschuldung zu entkommen. Auch wenn wir nur zwischen Pest und Kolera entscheiden können, ist es ehrlicher und besser jetzt die Grundsteuer anzuheben, als weiter Kassenkredite anzuhäufen und nur zukünftige Generationen zu belasten. Die Grundsteuererhöhung will hier eigentlich niemand. Sie aus populistischen Gründen abzulehnen, ist einfach. Doch welche Alternativen bleiben? Weiter Schulden hochschrauben? Nein! Abwarten, bis Land und Bund uns retten? Nein! Weitere freiwillige Leistungen einstellen? Nein! Denn wir sind nicht der Meinung, dass unsere freiwilligen Leistungen aufgegeben und dann privat organisiert werden sollten – wie es einigen hier vorschwebt. Das würde die



Leidtragenden der Grundsteueranhebung – die knapp über der Grundsicherung liegen – noch viel schlimmer treffen.

Wir begrüßen es nach wie vor, dass in Kamen kein Angebot gestrichen wurde. Wir wollen auch weiterhin VHS, Bücherei, Musikschule, Jugendzentren und Jugendkulturcafe für unsere Bürgerinnen und Bürger erhalten - die wenigen freiwilligen Angebote die unserer Stadt noch geblieben sind. Auch für ein ansprechendes Kulturprogramm werden wir uns weiter einsetzen. Das ist nach unserem Verständnis unsere Pflicht als Kommunalpolitiker. In diesem Zusammenhang möchten wir uns noch einmal bei allen Fraktionen für die Unterstützung unseres Antrages zum Beitritt zur Kulturloge bedanken. Ein kleiner Beitrag dazu, dass alle Menschen, auch die mit geringem Einkommen, an kulturellen Veranstaltungen teilnehmen können. Ziel ist es, mehr Menschen unabhängig vom Einkommen für Kunst und Kultur zu gewinnen. Die Teilnahme an Kulturveranstaltungen darf nicht zum Luxusgut verkommen.

Sehr irritiert waren wir über die Bönener Vorschläge zur Kürzung des VHS-Etats. Das ist nicht das, was wir uns unter interkommunaler Zusammenarbeit vorstellen. Die Vorschläge sind völlig abwegig. Wie es mit der VHS weiter geht, steht daher in den Sternen, wenn Bönen, dem Sparzwang gehorchend, die Finanzierung um 65.000 € reduzieren will. Auch wenn der Kamener Anteil ungekürzt bestehen bleibt, ein solch immenses Finanzloch wird kaum auszugleichen sein. Wie stellt sich Kamen unter diesen Umständen die interkommunale Zusammenarbeit zukünftig vor? Die Verwaltung hat zumindest zugesichert, die VHS weiterhin im gleichen Umfang finanziell zu unterstützen. Das begrüßen wir sehr.

Wir haben positiv zur Kenntnis genommen: 2013 soll nur 172.000 € mehr investiert werden, als uns über die verschiedenen Landespauschalen und Förderungen zufließen. Das ist gut so. Die neuen Spielräume werden im Investitionsbereich behutsam genutzt – anders als wir es befürchtet hatten. Doch die Investitionsschwerpunkte entsprechen noch nicht unseren Vorstellungen. Bei knapper werdenden Mitteln muss die Nachhaltigkeit im Vordergrund stehen. Deshalb stehen Energetische Sanierung oder Bildung für uns an erster Stelle und nicht der Straßenbau. Wir sollten alles daran setzen, heute dort zu investieren, wo wir morgen Kosten sparen können. Wir sind nicht grundsätzlich dagegen, Straßen zu sanieren. Die Derner Straße z.B. ist in einem miserablen Zustand. Doch wir haben auch noch andere und dringlichere Verpflichtungen als dem Bürger ordentliche Straßen zu garantieren.

Herr Mösgen, wir fordern nicht, dass alle städtischen Gebäude zwingend energetisch saniert werden müssen, egal was es koste. Natürlich müssen wir dabei wirtschaftlich vorgehen. Sie unterschätzen uns, wenn sie glauben, wir würden nur ideologische Parolen bedienen. Wir glauben, dass in diesem Bereich noch viel mehr möglich ist. Sie können uns nicht weismachen, dass wir auf weitere energetische Sanierungen verzichten sollen, weil Dämmstoffe später teuer als Sondermüll zu entsorgen sein werden, und es sich deshalb wirtschaftlich nicht lohnt. Das nehmen wir ihnen nicht ab, Herr Mösgen. Gleichzeitig wollen sie eine Kunstrasen-offensive umsetzen, wobei großflächig die Landschaft mit Plastikrasen überzogen wird, der regelmäßig ausgetauscht und als Sondermüll zu entsorgen sein wird, ohne dass dem reale Kostenreduzierungen gegenüber stünden. Hier scheint ihnen Wirtschaftlichkeit egal zu sein. Soviel zur Ideologie!



Die Kunstrasenoffensive der Verwaltung findet auch weiterhin nicht unsere Unterstützung. Umweltpolitisch ist dieser Weg ein Irrweg. Ob es sportlich der richtige Weg ist, nur auf Kunstrasen statt auf Mehrzweckplätze mit verschiedenen Belägen zu setzen, ist ebenfalls fraglich. Auch die Kosten für den Sport werden wir nicht dadurch senken können, dass wir sie mit simplen Rechentricks künstlich herunterspielen.

Ihre dubiose Gegenfinanzierung durch die Bebauung der Sportplätze im Hemsack wurde trotz unserer erheblichen Bedenken im letzten Jahr bis heute nicht konkretisiert. Auch unsere Kritik an einer zentralen Sportplatzanlage vor den Toren der Stadt halten wir ebenfalls aufrecht. Für uns bleibt dieses Konzept unausgegoren. Auch die Veräußerung der Sportplatzfläche an der Heimstraße ist mehr als fraglich. Zumal, wenn der Geschäftsführer der SPD-Fraktion über die Presse verlauten lässt, dass diese noch dringend benötigt werden. Also doch Schönrechnerei?!

Ein anderes Thema: Die Sesekerenaturierung ist weitgehend abgeschlossen. In der Innenstadt bieten sich nun große Chancen, das auch städtebaulich zu nutzen und diesen Bereich weiterzuentwickeln. Wir begrüßen den städtebaulichen Wettbewerb, der 2013 beginnen wird. Eine sinnvolle Investition in die Zukunft unserer Innenstadt. Aber ich hoffe, allen hier ist klar, dass wir hier nicht Millionen werden investieren können.

Die Grünpflege in unserer Stadt wird dagegen immer mehr zum Sozialfall. Statt ökologischer Grundsätze stehen heute technische Lösungen im Vordergrund. Mit chemischer Keule und pflegeleichtem Architektengrün muss ein Rückschritt in die Umweltstandards der 60er und 70er Jahre befürchtet werden. Die zunehmende Flächenversiegelung auf privaten und öffentlichen Flächen wird immer mehr zum Problem. Gerade wurde nachgewiesen, dass Pflanzenschutzmittel Krebs und Parkinson auslösen können, doch der Absatz solcher Mittel steigt. Dabei ließe sich durch eine ökologisch orientierte Grünflächenpflege viel Geld sparen und die Gesundheit fördern. Hier sollte die Stadt endlich eine ökologische Vorbildfunktion wahrnehmen, statt jedem ordnungsliebenden Bürger hinterherzurrennen.

Neben der Energieeinsparung ist eine starke Durchgrünung unserer Stadt wesentlich für eine gute Klimaschutzpolitik. Hier reichen keine schön formulierten Willensbekundungen, kein medienwirksamer Beitritt bei DynaKlim oder ein Klimaschutzkonzept, hier muss jetzt gehandelt werden. Aber auch gestalterisch sollten wir mehr Ökologie wagen. Die Blühstreifen auf öffentlichen Verkehrsinseln sind ein erster Schritt in die richtige Richtung. Leider ist immer noch kein weiterer gefolgt.

Wir waren immer der Meinung, dass im Bereich der Straßenbeleuchtung erhebliche Einsparpotenziale schlummern – nun hat die GSW das bestätigt. Wir begrüßen, dass es jetzt los gehen soll und man sich auf ein Contracting-Modell einigen möchte. Leider hat das viel zu lange gedauert und greift somit erst sehr spät.

Neben einem Austausch veralteter Lampen durch neue LED-Technologie sollte aber auch eine Abschaltung von Straßenlaternen wenigstens geprüft werden. Doch zur Abschaltung - wie an der Hochstraße - fehlt der Verwaltung jeder der Mut. Hier hat man mehr Angst vor der Bürgerschaft, als wenn man ein Schwimmbad schließt oder Steuern erhöht.



Obwohl die Mehrheit dieses Rates keine Parkraumbewirtschaftung wollte, haben wir heute mehr gebührenpflichtige Parkplätze als je zuvor und weitere werden folgen. Auch wenn es einige immer noch nicht wahrhaben wollen, wir sind schon mittendrin in der Einführung einer Parkraumbewirtschaftung in Kamen. Verwaltung und Mehrheitsfraktion versuchen uns aber weiterhin zu verkaufen, dass eine Parkraumbewirtschaftung auf städtischen Flächen ausgeschlossen ist. Dabei werden Flächen privaten Investoren übergeben, um eigene Investitionen zu sparen und so die Parkraumbewirtschaftung über die Hintertür eingeführt. Aber, weil Sie sich für unseren Weg versperrt haben, fließen die Einnahmen zukünftig nicht in den städtischen Haushalt, sondern in private Hände. Jetzt, wo der Nothaushalt überwunden ist, entstehen auch hier wieder neue Möglichkeiten. Die sollten wir nutzen.

Nicht mehr akzeptabel ist für uns die Entwicklung bei der Stadthalle. Jahr für Jahr wird versucht, die enormen Defizite schönzureden. Uns ist bewusst, dass die Stadthalle immer ein Zuschussbetrieb bleiben wird. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis muss aber stimmen. Wenn Veranstaltungen mehr Geld kosten als sie erwirtschaften, stimmt das nicht mehr. Eine Zielvereinbarung wird ignoriert und die Kosten explodieren weiter. Wir sind der Meinung, dass diese Gesellschaft am Ende ist. Sie kann das nicht leisten, was wir von ihr erwarten! Wir müssen daher einen anderen Weg finden, die Kosten für den Stadthaushalt zu senken. Akzeptanz kann dabei nur durch Offenlegung und Transparenz aller Fakten erzielt werden. Herr Bürgermeister, führen sie die Stadthalle zurück in städtische Regie. Wir glauben, dass es an der Zeit ist, sie in den Fachbereich Kultur zu übertragen und gleichermaßen wie andere Kultureinrichtungen der Stadt zu verwalten. Der Sonderweg als eigene Gesellschaft ist nicht mehr zielführend.

Wir haben lange überlegt, ob wir dem Haushalt unsere Zustimmung erteilen oder ihn ablehnen sollten. Zwischen beiden Positionen ist nur ein schmaler Grat. Für uns ist aber entscheidend, dass der Haushalt das sichert, was uns für die Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt besonders wichtig ist. Dass wesentliche Angebote weiterhin bereit gehalten werden, deren Kosten wir für verantwortlich halten. Die neuen Freiräume durch den Ausstieg aus dem Nothaushalt sind in diesem Jahr nicht überzogen ausgenutzt worden. Deshalb werden wir dem Haushalt zustimmen.

Unsere Kritikpunkte haben wir ausführlich dargelegt. Sie können unser Einverständnis nicht als Zustimmung zu allen kritischen Punkten werten. Aber in der Gesamtschau finden wir den Haushalt auf dem richtigen Weg. Wir werden damit unserer Verantwortung gegenüber den Kamener Bürgerinnen und Bürgern gerecht und möchten an der Gestaltung der Zukunft auch weiterhin konstruktiv mitarbeiten.

Das HSK werden wir dagegen ablehnen, da wesentliche Sparpotenziale z.B. durch eine Parkraumbewirtschaftung nicht genutzt werden und wir Gestaltungsmöglichkeiten der Zukunft dadurch verschenken.

Abschließend möchte ich mich bei der Verwaltung und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die geleistete Arbeit bedanken und wünsche Ihnen allen frohe Feiertage.

Klaus-Bernhard Kühnapfel (Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)